



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 91

Berufungsordnung der Fachhochschule Lausitz

DIE PRÄSIDENTIN

30.06.2003

Berufungsordnung

der Fachhochschule Lausitz

Präambel

§ 1 Sprachform

Teil I

Ausschreibungsverfahren gem. § 39 Abs. 1 BbgHG

§ 2 Funktionsüberprüfung

§ 3 Ausschreibung

§ 4 Erneute Ausschreibung

Teil II

Verfahren im Fachbereich

§ 5 Berufungskommission

§ 6 Wahl der Berufungskommission

§ 7 Unabhängigkeit der Berufungskommission

§ 8 Gleichstellungsbeauftragte/Beauftragter für Behinderte

§ 9 Sitzung der Berufungskommission

§ 10 Prüfung der eingegangenen Bewerbungen

§ 11 Probevortrag/Vorstellungsgespräch

§ 12 Gutachten

§ 13 Verfahren in der Berufungskommission

§ 14 Verfahren im Fachbereichsrat

Teil III

Entscheidung im Senat

§ 15 Verfahren im Senat

Teil IV

Schlussbestimmungen

§ 16 Protokoll

§ 17 Dokumentationen

§ 18 Ablauf des Berufungsverfahrens

§ 19 Mitteilung an die nicht berücksichtigten Bewerber

§ 20 Inkrafttreten/Außerkrafttreten

Präambel

Auf der Grundlage des § 20 Abs. 2 der Grundordnung (GrundO) der Fachhochschule Lausitz i. d. F. vom 27.03.2000, geändert am 17.07.2000 (Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz Nr. 49 vom 03.08.2000) hat der Senat am 26.05.2003 die folgende

Berufungsordnung

für die Berufung von Professorinnen und Professoren der Fachhochschule Lausitz

erlassen.

Zweck der Regelung ist es, ein einheitliches Verfahren bei der Berufung von Professoren sicherzustellen.

§ 1 Sprachform

Amts-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Berufsordnung beziehen sich in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Teil I

Ausschreibungsverfahren gem. § 39 Abs. 1 BbgHG

§ 2 Funktionsüberprüfung

- (1) Für jede freiwerdende oder freigewordene Professur ist rechtzeitig zu prüfen,
1. ob die Planstelle unter Beibehaltung ihrer bisherigen Funktionsbeschreibung wieder besetzt werden soll,
 2. ob die Funktionsbeschreibung der Planstelle, insbesondere hinsichtlich der wahrzunehmenden Lehraufgaben, geändert werden soll,
 3. ob die Planstelle einem anderen Aufgabenbereich zugewiesen werden soll,
 4. ob die Planstelle nicht wieder besetzt werden soll.
- (2) Der Fachbereich, dem die Planstelle zugeordnet ist, begründet die weitere Verwendung der Planstelle in einem schriftlichen Antrag, dem ein Ausschreibungstext beizufügen ist.
- (3) Der Vorsitzende des Fachbereichsrates legt den Antrag dem Dekan des Fachbereiches vor, dieser leitet den Antrag und den Ausschreibungstext mit einer schriftlichen Stellungnahme an die Präsidentin weiter.

(4) Die Präsidentin beschließt, ob dem Antrag stattgegeben wird oder ob Änderungen gemäß Abs. 1 Pkt. 3 oder 4 erforderlich sind.

(5) Die Präsidentin bzw. der Dekan gibt dem Fachbereichsrat Gelegenheit zur Stellungnahme, wenn sie dem Antrag des Fachbereichsrates nicht zu folgen beabsichtigen.

(6) Für freie Planstellen gilt Entsprechendes.

§ 3 Ausschreibung

(1) Sobald die Funktionsüberprüfung gemäß § 2 erfolgt ist und die haushaltsmäßigen Voraussetzungen vorliegen, veranlasst die Präsidentin die öffentliche Ausschreibung der Planstelle.

(2) Die Ausschreibung muss Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben beschreiben (§ 39 Abs. 1 BbgHG); des Weiteren sind anzugeben:

- der Fachbereich und der Studiengang, dem die Planstelle zugeordnet ist,
- die Besoldungsgruppe,
- ein Verweis auf die allgemeinen Einstellungs Voraussetzungen nach § 38
- die Anforderungen, die sich aus der Besonderheit des Fachgebietes ergeben,
- alle Ausschreibungen müssen folgende Zusätze enthalten:
 - Hinweis, dass im Falle der ersten Berufung in ein Professorenamt das Dienstverhältnis grundsätzlich auf 5 Jahre befristet ist. Auf die bei einem besonderen Gewinnungsinteresse bestehende Ausnahme kann hingewiesen werden.
 - „Die Fachhochschule Lausitz strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen an wissenschaftlichem Personal an und fordert deshalb qualifizierte Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.“
 - „Schwerbehinderte haben Vorrang vor gesetzlich nicht bevorrechtigten Bewerberinnen/Bewerbern gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung.“

(3) Die Ausschreibung ist in geeigneten Medien und in einer geeigneten Fachzeitschrift und/oder in einer überregionalen Tages- oder Wochenzeitung auszuschreiben. Über die Ausschreibung sollten auch andere Einrichtungen unterrichtet werden.

(4) Die Ausschreibung ist aus Kostengründen in knapper Form zu veröffentlichen.

(5) Die Berufungskommission kann geeignete Wissenschaftler zur Bewerbung auffordern.

(6) Nach dem Ablauf der Bewerbungsfrist sind für das weitere Bewerbungsverfahren nur die Funktionsbeschreibung und der Ausschreibungstext maßgebend.

§ 4 Erneute Ausschreibung

- (1) Geht auf die Ausschreibung einer Professur keine hinreichende Anzahl qualifizierter Bewerbungen ein so soll zunächst die Möglichkeit der Gewinnung von Nichtbewerbern durch die Berufungskommission geprüft werden. Führt dies zu keinem Ergebnis soll die Frage der Neuausschreibung geprüft werden.
- (2) Die bereits eingegangenen Bewerbungen gelten auch als Bewerbungen für die Neuausschreibung falls die Funktionsbeschreibung der Planstelle und der Ausschreibungstext nicht geändert worden sind. Hiervon ist den Bewerbern Mitteilung zu machen.
- (3) Befindet sich unter den Bewerbern eine Person, die an dem Berufungsverfahren vorbereitend, beratend oder entscheidend mitgewirkt hat, so sind die betreffenden Verfahrensabschnitte zu wiederholen.
- (4) Berufungsvorschläge, die später als 8 Monate nach Ablauf der Bewerbungsfrist dem Senat zugeleitet werden, sind grundsätzlich zurückzuweisen und erneut auszuschreiben. Der Senat kann auf Antrag die Vorlagefrist verlängern.

Teil II Verfahren in den Fachbereichen

§ 5 Berufungskommission

- (1) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlags bildet der Fachbereich eine Berufungskommission gemäß § 39 Abs.2 BbgHG in der die Professoren über die Mehrheit der Stimmen verfügen müssen.
- (2) Der Berufungskommission soll mindestens eine Person angehören, die nicht Mitglied der Hochschule ist (auswärtiger Sachverstand).
- (3) Die Mehrheit der Professoren der Berufungskommission soll eine dem § 38 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b BbgHG entsprechende Qualifikation besitzen.

§ 6 Wahl der Berufungskommission

- (1) Die Mitglieder der Berufungskommission werden von den Mitgliedern des Fachbereichsrates nach Gruppen getrennt gewählt. In der Berufungskommission sollen mindestens 40 von Hundert der stimmberechtigten Mitglieder Frauen, darunter mindestens eine Professorin, sein.
- (2) Sonstige Mitarbeiter können von dem Vertreter der Gruppe der sonstigen Mitarbeiter im Fachbereichsrat in die Berufungskommission gewählt werden. Der Vertreter der sonstigen Mitarbeiter hat kein Stimmrecht, er hat beratende Funktion.
- (3) Die Wahl der Berufungskommission erfolgt in der Regel nach der Ausschreibung der zu besetzenden Stelle.
- (4) Die Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Berufungskommission erfolgt durch den Fachbereichsrat.

§ 7

Unabhängigkeit der Berufungskommission

- (1) Die Mitglieder der Berufungskommission sind im Berufungsverfahren unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.
- (2) Die Mitglieder der Berufungskommission sind hinsichtlich der ihnen im Berufungsverfahren bekannt gewordenen Angelegenheiten zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (3) Die Mitgliedschaft in der Berufungskommission ist unmittelbar und ausschließlich an die Person des gewählten Kommissionsmitgliedes gebunden. Die Vertretung eines Kommissionsmitgliedes und/oder die Stimmübertragung sind ausgeschlossen. Ist ein Mitglied der Berufungskommission auf Dauer nicht in der Lage, die ihm übertragenen Aufgaben wahrzunehmen, ist durch den Fachbereichsrat umgehend ein Ersatzmitglied zu wählen.
- (4) Die §§ 20 und 21 VwVfGBbg gelten entsprechend für die Besetzung der Berufungskommission (Ausschluss wegen Befangenheit).

§ 8

Gleichstellungsbeauftragte/Vertrauensmann für Schwerbehinderte

Die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule sowie der Beauftragte für Behinderte haben in der Berufungskommission ein Recht auf umfassende Information.

§ 9

Sitzung der Berufungskommission

- (1) Der Vorsitzende der Berufungskommission lädt die Kommissionsmitglieder schriftlich mit einer Frist von mindestens einer Woche zu den Sitzungen der Berufungskommission ein.
- (2) Die Sitzungen der Berufungskommission sind nicht öffentlich.
- (3) Die Berufungskommission ist beschlussfähig wenn mindestens die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist und die Gruppe der Professoren die Mehrheit besitzt. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest.

§ 10

Prüfung der eingegangenen Bewerbungen

- (1) Die Berufungskommission prüft die eingegangenen Bewerbungen auf die formalen Kriterien des § 38 BbgHG. Diese sind:
 - einschlägige abgeschlossene Hochschulausbildung,
 - pädagogische Eignung,
 - besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, in der Regel nachgewiesen durch eine qualifizierte Promotion (qualifiziert heißt: summa cum laude bzw. magna cum laude, bei Vorliegen einer Promotion cum laude ist zu begründen, warum sie als besonderer wissenschaftlicher Qualifikationsnachweis angesehen wird oder was ansonsten als solcher Nachweis angesehen wird) oder besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit,

- eine mindestens fünfjährige Praxis, davon mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs. (Nicht als praxisrelevante Zeiten anzusehen sind Tätigkeiten, die vor Abschluss des Studiums erfolgten. Dagegen können Zeiten zwischen Abschluss des Studiums und Promotion grundsätzlich praxisrelevant sein. Als außerhochschulisch können im Einzelfall auch Tätigkeiten an Forschungsinstituten angesehen werden, sofern diese einen anwendungsorientierten Forschungszuschnitt aufweisen. Nebenberufliche Tätigkeiten können im tatsächlich erfolgten Umfang im Einzelfall Berücksichtigung finden).

(2) Im Einzelfall kann die Berufungskommission sowohl nach den Regelungen des § 38 Abs. 4 BbgHG (hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung) als auch nach der Regelung des § 38 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a BbgHG (zusätzliche künstlerische oder wissenschaftliche Leistungen) verfahren. In diesen Fällen ist eine besondere schriftliche Begründung erforderlich.

§ 11

Probevortrag/Vorstellungsgespräch

(1) Aufgrund der unter § 10 aufgeführten Kriterien und der Überprüfung der Passgenauigkeit auf die inhaltliche Ausrichtung der Professur werden geeignete Bewerber in die engere Wahl gezogen und zu einer Probevorlesung (gegebenenfalls einem zusätzlichem Fachvortrag) und zum Vorstellungsgespräch eingeladen.

(2) Die Hochschulöffentlichkeit ist über Ort, Zeit und Thema der Probevorlesungen zu informieren.

§ 12

Gutachten

(1) Die Berufungskommission einigt sich in einer vorläufigen Rangfolge auf mindestens drei Bewerber die sie für listenfähig hält. Über diese Bewerber sind zwei auswärtige vergleichende Gutachten einzuholen. Als Gutachter kommen nur auf dem Berufungsgebiet anerkannte auswärtige Wissenschaftler oder Künstler in Betracht. Die Gründe für fehlende Listenfähigkeit von Teilnehmern an den Vorstellungen sind gemäß § 16 Abs.2 b anzugeben.

(2) Die Gutachter haben eine vergleichende fachliche Bewertung der Qualifikation der Bewerber vorzunehmen. Zu diesem Zweck werden den Gutachtern vom Vorsitzenden der BK übersandt: Kopien der kompletten Bewerbungsunterlagen der zu bewertenden Kandidaten., der Ausschreibungstext, ein Protokollauszug mit dem Beschluss der BK über die vorläufige Reihung.

Nicht erforderlich ist, dass die Gutachter einen formalen Abgleich der Einstellungsvoraussetzungen und eine Bewertung des Auswahlverfahrens vornehmen.

(3) Die Gutachter sollen nicht persönlich mit den Bewerbern bekannt sein. Sollte dies dennoch der Fall sein, so ist dies vom Gutachter im Gutachten anzugeben.

(4) Die Gutachter sollen weder Promotions- noch Habilitationsvater eines der zu bewertenden Bewerber sein.

§ 13

Weiteres Verfahren in der Berufungskommission

- (1) Die Berufungskommission setzt sich mit den eingegangenen Gutachten inhaltlich auseinander und stimmt nach Gruppen getrennt über eine Listenplatzierung ab. Erforderlich sind die Stimmenmehrheit der Kommissionsmitglieder und die Stimmenmehrheit der Professoren
- (2) Der Berufungsvorschlag hat mindestens die Namen von drei Bewerbern in einer Rangfolge zu enthalten.
- (3) Ist es nicht möglich, einen Berufungsvorschlag mit drei Bewerbern aufzustellen, so muss die Berufungskommission diesen Ausnahmefall besonders begründen.
- (4) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Berufungskommission mit Ausnahme beratender Mitglieder. Die Gleichstellungsbeauftragte und der Vertrauensmann für Schwerbehinderte sind nicht stimmberechtigt; sie geben eine schriftliche Stellungnahme ab. Die Stimmenmehrheit der Professoren ist erforderlich und muss im Protokoll ersichtlich sein.
- (5) Mitglieder der Berufungskommission, die überstimmt wurden, können ebenso wie die Gleichstellungsbeauftragte und der Vertrauensmann für Schwerbehinderte dem Vorschlag der Berufungskommission jeweils ein schriftliches Sondervotum beifügen.

§ 14

Verfahren im Fachbereichsrat

- (1) Die Verfahrensherrschaft der Berufungskommission endet in der Regel mit dem Eingang der Berufsunterlagen beim Fachbereichsrat.
- (2) Die Mitglieder des Fachbereichsrats erhalten die Möglichkeit, eine Woche vor der Sitzung Einblick in die vollständigen Unterlagen des Berufungsvorschlags zu nehmen.
- (3) Der Fachbereichsrat stimmt mit der Mehrheit der Gruppe der Professoren über den Berufungsvorschlag ab. Alle Professoren des Fachbereiches haben die Möglichkeit der stimmberechtigten Mitwirkung. Soweit sie an der Entscheidung mitwirken gelten sie als Mitglieder der Gruppe der Professoren im Fachbereichsrat und Abs. 2 gilt entsprechend.
- (4) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Fachbereichsrates mit Ausnahme des Vertreters der sonstigen Mitarbeiter.
- (5) Der Fachbereichsrat kann dem Vorschlag der Berufungskommission durch Beschluss zustimmen und das Berufungsverfahren unter Vorlage der Berufsunterlagen, der Protokolle etc. und der Ergebnisse der vergleichenden Gutachten an den Senat weiterleiten oder aber unter Angabe von Gründen das Berufungsverfahren an die Berufungskommission zu einer erneuten Beratung und Beschlussfassung zurückverweisen. Mit der Zurückverweisung lebt die Zuständigkeit der Berufungskommission wieder auf.
- (6) Der Fachbereichsrat kann den Vorschlag der Berufungskommission nicht durch einen eigenen ersetzen.
- (7) Die Berufsunterlagen werden vom Fachbereichsrat mit einem Anschreiben an den Senat übergeben.

Teil III

Entscheidung des Senats

§ 15

Verfahren im Senat

- (1) Die Entscheidung im Senat wird von einem durch die Präsidentin beauftragten ständigen Berichterstatter vorbereitet.
- (2) Die Mitglieder des Senats erhalten mit der Einladung zur Senatssitzung eine Synopse der Bewerber sowie eine kurze Darstellung und Zusammenfassung des Berufungsverfahrens. Sie haben außerdem die Möglichkeit eine Woche vor der Sitzung Einsicht in die Berufsakte zu nehmen.
- (3) Dem Berichterstatter sind über den Senat alle Berufungsunterlagen zuzuleiten. Er prüft die formalen Voraussetzungen des Berufungsverfahrens anhand der Dokumente des Berufungsverfahrens, und hier insbesondere die Frage, ob bei der Durchführung des Berufungsverfahrens die gesetzlichen Vorschriften, die ministeriellen Erlasse und die Bestimmungen dieser Berufsordnung eingehalten wurden.
- (4) Kommt der Berichterstatter nach eingehender Prüfung der Unterlagen zu dem Ergebnis, dass formale, gesetzliche, ordnungsrechtliche Vorschriften etc. nicht beachtet wurden, so leitet er die Berufsunterlagen unter Angabe von Gründen über den Vorsitzenden des Senats an den Fachbereichsrat zur erneuten Beratung und Beschlussfassung bzw. zur Behebung des Mangels zurück.
- (5) Der Senat stimmt mit der Mehrheit der Vertreter der Gruppe der Professoren über den Berufungsvorschlag ab.
- (6) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Senats mit Ausnahme des Vertreters der sonstigen Mitarbeiter.
- (7) Der Senat leitet das Berufungsverfahren über die Präsidentin dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung zur weiteren Entscheidung zu.

Teil IV

Schlussbestimmungen

§ 16

Protokoll

- (1) Die Sitzungen des Fachbereichsrates, der Berufungskommission und des Senats sind zu protokollieren. Jedes Protokoll enthält mindestens:
- den Ort, den Tag, den Beginn und das Ende der Sitzung,
 - die Beratungsergebnisse,
 - nach Gruppen getrennt: die Namen der Teilnehmer, die Beschlussfassungen, Abstimmungs- und Wahlergebnisse
 - Datum und Unterschrift.

(2) Weiterhin ist fundiert zu dokumentieren:

a) In der Sitzung des Fachbereichsrates/Wahl der Berufungskommission:

- die Professorenmehrheit im Fachbereichsrat,
- die Anwesenheit der Fachbereichsratsmitglieder nach Gruppenzugehörigkeit,
- das Stimmenverhältnis nach Gruppenzugehörigkeit,
- ggf. ist dem Protokoll in gesonderten Schreiben beizufügen:
 - die Begründung, warum der Berufungskommission kein auswärtiges Mitglied angehört,
 - die Begründung, warum die Berufungskommission nicht mindestens mit 40 von hundert weiblichen Mitgliedern, darunter mindestens einer Professorin besetzt ist,
 - die Begründung, warum die Mehrheit der Professoren der Berufungskommission nicht über die Qualifikationen des § 38 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b BbgHG verfügt.

b) In der Sitzung der Berufungskommission:

- die Stimmenmehrheit der Professoren bei Beschlüssen ist gesondert zu dokumentieren,
- für die nicht zu den Probevorlesungen und Vorstellungsgesprächen eingeladenen Bewerber ist anzugeben, welche Kriterien des § 38 BbgHG in ihrer Person nicht vorliegen bzw. inwieweit sie den fachspezifischen Stellenanforderungen nicht genügen. Pauschale und formelhafte Begründungen reichen nicht aus; es sei denn eine formale Voraussetzung ist eindeutig erkennbar nicht gegeben,
- die nachvollziehbar inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gutachten,
- ggf. ist dem Protokoll in gesonderten Schreiben beizufügen:
 - die Begründung, warum die Promotion cum laude als besonderer wissenschaftlicher Qualifikationsnachweis bzw. was als Äquivalent angesehen wird
 - die Begründung, warum der Listenplatzierte unter den Regelungen des § 38 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a BbgHG eingestellt werden soll (zusätzliche wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen),
 - die Begründung, warum bei dem Listenplatzierten nach den Regelungen des § 38 Abs. 4 BbgHG verfahren werden soll (Nachweis hervorragender fachbezogener Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung),
 - die Begründung, warum ein Bewerber nach Abhaltung der Probevorlesung/Vorstellungsgespräch für nicht listenfähig angesehen wird,
 - die Sondervoten mit der Begründung der überstimmten Mitglieder der Berufungskommission, der Gleichstellungsbeauftragten, des Vertrauensmannes für Schwerbehinderte,
 - die Begründung, warum weniger als drei Bewerber als listenfähig angesehen werden,

c) In der Sitzung des Fachbereichsrates/Beschluss über den Listenvorschlag:

- die Stimmenmehrheit der Professoren ist bei Beschlüssen gesondert zu dokumentieren.

d) In der Sitzung des Senats:

- die Stimmenmehrheit der Professoren ist bei Beschlüssen gesondert zu dokumentieren.

§ 17

Dokumentation

(1) Folgende Unterlagen sind der Berufsakte in der angegebenen Reihenfolge beizufügen:

1. Schreiben der Präsidentin an das für die Hochschulen zuständige Mitglied der Landesregierung mit der Bitte um Ruferteilung gemäß Senatsbeschluss
2. Kopie der Stellenausschreibung in den Medien
3. Protokoll über die Wahl der Berufungskommission
4. Protokolle sämtlicher Sitzungen der Berufungskommission
5. Übersicht über die Bewerber, Synopse
6. Zusammenfassendes Gutachten der Berufungskommission mit Begründung des Listenvorschlags unter Auseinandersetzung mit den vergleichenden externen Gutachten,
 - a. ggf. die Begründung, falls bei Erstberufungen abweichend von § 40 BbgHG keine Befristung erfolgen soll,
 - b. ggf. nachvollziehbare Begründungen im Falle eines Abweichens von den Sollvorschriften des § 39 BbgHG,
 - c. ggf. Sondervoten,
7. Zwei vergleichende externe Gutachten
8. Sämtliche Protokolle des Fachbereichsrats im Zusammenhang mit dem Berufungsverfahren
9. Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten,
10. Stellungnahme des Vertrauensmannes für Schwerbehinderte
11. Protokoll des Senats
12. Erhebungsbogen zum Berufungsverfahren,
13. Prüfbogen für Erstplatzierten,
14. sonstige durch die Platzierten auszufüllende Formulare und abzugebende Stellungnahmen.

(2) Von der Beifügung eines Gesundheits- und Führungszeugnisses ist abzusehen, bis eine gesonderte Aufforderung erfolgt (nach Ruferteilung).

(3) Auf Verlangen des MWFK sind alle eingegangenen Bewerbungen vorzulegen.

(4) Die beim Vorsitzenden der Berufungskommission befindlichen Berufsunterlagen der Nichtplatzierten werden über den Dekan an die für Personalfragen zuständige Stelle der Hochschulverwaltung zurückgegeben und dort bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahrt.

§ 18 **Ablauf des Berufungsverfahrens**

1. Der Fachbereichsrat beantragt die Ausschreibung der Planstelle und erstellt den Ausschreibungstext, er überprüft die Funktionsbeschreibung
- ↓
2. Der Dekan nimmt Stellung
- ↓
3. Die Präsidentin beschließt die Freigabe der Planstelle
- ↓
4. Der Kanzler prüft den haushaltsrechtlichen Rahmen und gibt die Mittel zur Finanzierung der Stelle frei
- ↓
5. Das Dezernat II schreibt die Stelle nach Vorgabe des Ausschreibungstextes und in den gewünschten Medien aus
- ↓
6. Die Bewerbungen gehen über die Präsidentin dem Dezernat II zu
- ↓
7. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist erstellt das Dezernat II eine Synopse der eingegangenen Bewerbungen
- ↓
8. Wahl der Berufungskommission (spätestens)
- ↓
9. Übergabe der Bewerbungsunterlagen an den Vorsitzenden der Berufungskommission/Durchführung des Berufungsverfahrens
- ↓
10. Übergabe der Berufungsunterlagen an den Vorsitzenden des Fachbereichsrates
- ↓
11. Übergabe der Berufungsunterlagen an den Vorsitzenden des Senats
- ↓
12. Berichterstatter
- ↓
13. Übergabe des Berufungsverfahrens an die Präsidentin
- ↓
14. Übergabe des Berufungsverfahrens an das für die Hochschule zuständige Mitglied der Landesregierung

§ 19

Mitteilung an die nicht berücksichtigten Bewerber

Zur Wahrung der Rechtsschutzmöglichkeiten sind unmittelbar nach Annahme des erteilten Rufs die anderen Bewerber über ihre Platzierung oder ihre Nichtaufnahme in den Berufungsvorschlag zu unterrichten.

§ 20

Inkrafttreten/Außerkräfttreten

Die Berufsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Fachhochschule in Kraft, gleichzeitig tritt die Berufsordnung der Fachhochschule in der Fassung vom 04.12.1991, veröffentlicht im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz Nr. 4 vom 19.07.1993, außer Kraft.

Senftenberg, 02.06.2003

Brigitte Klotz
Präsidentin